

Inhaltsverzeichnis

Einführung	1
I. Der Gegenstand der Untersuchung	1
II. Der Gang der Untersuchung.....	2
 Die strafrechtlichen Vorgaben zur Sterbehilfe.....	5
I. Die verschiedenen Patientengruppen	5
1. Sterbende	5
2. Patienten mit infauster Prognose und weit fortgeschrittener Erkrankung	5
3. Patienten mit schwersten zerebralen Schädigungen und anhaltender Bewusstlosigkeit	6
II. Die Formen der Sterbehilfe	7
1. Die aktive Sterbehilfe	7
2. Die indirekte Sterbehilfe.....	7
3. Die passive Sterbehilfe und der tödliche Behandlungsabbruch.....	10
4. Die Beteiligung an einem Suizidgeschehen.....	11
a) Die Beihilfe zum Suizid.....	11
aa) Abgrenzung zur Tötung in mittelbarer Täterschaft	11
bb) Abgrenzung zur Tötung auf Verlangen.....	13
b) Die strafrechtliche Beurteilung der unterlassenen Suizidverhinderung.....	14
aa) Strafbarkeit wegen Tötung durch Unterlassen nach §§ 211 ff., 13 StGB	14
bb) Strafbarkeit wegen unterlassener Hilfeleistung gemäß § 323 c StGB	17
 Grundlagen der Haftung für medizinische Behandlung	21
I. Haftungsbegründende Verhaltensweisen des Arztes.....	21
II. Anspruchsgrundlagen im Arzthaftungsrecht.....	21
1. Vertragliche Haftung	22
2. Haftung aus Geschäftsführung ohne Auftrag	22
a) Behandlungsfehler	23
b) Ärztliche Eigenmacht.....	23
3. Deliktische Haftung.....	24
a) Die Körperverletzungsdoktrin der Rechtsprechung	24
b) Das zivilrechtliche Schrifttum	24

c)	Das strafrechtliche Schrifttum	26
d)	Sonderproblem: Unmittelbar und ausschließlich gesundheitsfördernde Behandlungen	28
e)	Stellungnahme	30
aa)	Die grundsätzliche Vorzugswürdigkeit der Körperverletzungsdoktrin	30
bb)	Die Differenzierung zwischen unterschiedlichen medizinischen Maßnahmen.....	32
cc)	Kein Unterschied zwischen Schmerzensgeldanspruch und Geldentschädigungsanspruch hinsichtlich der Vererblichkeit	41
III.	Pflegehaftungsrecht.....	42
D.	Die Entscheidung über die Vornahme lebenserhaltender Maßnahmen ...	43
I.	Der einwilligungsfähige Patient.....	43
1.	Einwilligungsfähigkeit	44
2.	Die fortdauernde Geltung der Patientenentscheidung bei eintretender Bewusstlosigkeit.....	45
II.	Der nicht oder nicht mehr einwilligungsfähige Patient.....	46
1.	Die Patientenverfügung	46
a)	Begriff.....	46
b)	Voraussetzungen für eine wirksame Errichtung	47
c)	Bindungswirkung.....	48
aa)	Überblick über die herkömmliche Diskussion im Schrifttum ..	49
bb)	Die Rechtsprechung: BGHZ 154, 205	52
cc)	Stellungnahme unter Berücksichtigung weiterer Literatur.....	56
dd)	Die Rechtslage nach In-Kraft-Treten des Dritten Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts.....	65
2.	Der Entscheidungsträger	70
a)	Der Entscheidungsträger beim volljährigen Patienten ohne Patientenverfügung	70
aa)	Der Betreuer.....	70
bb)	Der Bevollmächtigte	77
cc)	Der Entscheidungsträger im Eilfall	77
b)	Der Entscheidungsträger beim volljährigen Patienten mit Patientenverfügung	80
aa)	Die Diskussion vor In-Kraft-Treten des Dritten Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts.....	80
bb)	Die Rechtslage nach In-Kraft-Treten des Dritten Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts.....	82
c)	Der Entscheidungsträger beim minderjährigen Patienten.....	83
aa)	Der niemals einwilligungsfähig gewesene minderjährige Patient	83
bb)	Der bereits einwilligungsfähig gewesene minderjährige Patient	84

3. Der Entscheidungsmaßstab.....	85
a) Das Kindeswohl als Maßstab für die Entscheidung der gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen	85
b) Der Entscheidungsmaßstab des Arztes	86
aa) Die Ermittlung des mutmaßlichen Willens	86
bb) Die Berechtigung des Grundsatzes „in dubio pro vita“	88
cc) Ausschließlich objektive Interessenabwägung.....	91
c) Der Maßstab für die Entscheidung des Betreuers	91
aa) Die gesetzlichen Vorgaben in § 1901 Abs. 2 und Abs. 3 BGB	92
bb) Der Entscheidungsmaßstab gemäß § 1901 a Abs. 1 und Abs. 2 BGB	95
d) Der Maßstab für die Entscheidung des Bevollmächtigten	96
e) Der Maßstab für die Entscheidung des Gerichts	97
4. Die Bedeutung der dem Entscheidungsmaßstab nicht entsprechenden Vertreterentscheidung im Außenverhältnis.....	97
a) Die Bedeutung der dem Willen des volljährigen Patienten nicht entsprechenden Vertreterentscheidung	97
b) Die Wirksamkeit einer dem Kindeswohl widersprechenden Entscheidung.....	99
5. Das Erfordernis einer gerichtlichen Genehmigung.....	100
a) Die vormundschaftsgerichtliche Genehmigung der Betreuerentscheidung vor dem 1.9.2009.....	100
aa) Die höchstrichterliche Rechtsprechung.....	100
bb) Die Rechtsnatur der gerichtlichen Genehmigung.....	101
cc) Die Diskussion um das Erfordernis einer vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung	102
dd) Das „Konfliktmodell“	107
ee) Das Erfordernis einer gerichtlichen Genehmigung bei Ablehnung vital indizierter Behandlung ohne Beabsichtigung des Todes Eintritts	111
ff) Ergebnis	113
b) Die betreuungsgerichtliche Genehmigung der Entscheidung des Betreuers gemäß § 1904 Abs. 2, Abs. 4 BGB	113
c) Die gerichtliche Genehmigung der Entscheidung des Bevollmächtigten	115
d) Keine gerichtliche Genehmigung der Entscheidung der sorgeberechtigten Eltern	115
e) Das fehlende Genehmigungserfordernis bei Entscheidungen des Vormunds und des Ergänzungspflegers	116
f) Keine gerichtliche Genehmigung der Entscheidung des Arztes ...	116
6. Die Konkurrenz zwischen Vertreterentscheidung und mutmaßlichem Willen	117
a) Die Situation des volljährigen Patienten	117
aa) Vorrang der Vertreterentscheidung	117
bb) Freie Konkurrenz der Legitimationsgründe	117

cc) Stellungnahme.....	118
b) Die Situation des minderjährigen Patienten.....	119
Die Konkurrenz zwischen der Entscheidung des Gerichts nach § 1846 BGB und dem mutmaßlichen Patientenwillen.....	122
e Bedeutung von Patientenentscheidung, Vertreterentscheidung d mutmaßlichem Patientenwillen in den tatbestandlichen strukturen	123
Körper- und Gesundheitsverletzung.....	123
Die Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	123
Das Unterlassen lebenserhaltender Behandlung.....	124
Vertrag.....	126
 erhaltung bei Sterbenden, unheilbar Kranken und anhaltend stlosen Patienten.....	
ie Vornahme lebensverlängernder Maßnahmen.....	127
Lebensverlängernde Maßnahmen bei anhaltend bewusstlosen Patienten.....	127
a) Der Fall des Wachkomapatienten Peter K.	127
aa) Anspruchsgrundlagen.....	129
bb) Behandlungsfehler	132
cc) Eigenmächtiges Handeln.....	135
dd) Die Rechtswidrigkeit einer eigenmächtigen Behandlung	143
ee) Verschulden	150
ff) Anspruchsumfang	155
gg) Ergebnis	165
b) Der minderjährige Wachkomapatient	165
aa) Die am Kindeswohl ausgerichtete Entscheidung der gesetzlichen Vertreter	166
bb) Die ausschließlich objektive Interessenabwägung	168
cc) Ergebnis	169
Lebensverlängernde Maßnahmen bei Sterbenden und unheilbar Kranken	169
a) Behandlungsfehler	170
b) Ärztliche Eigenmacht	171
c) Verschulden	172
d) Anspruchsumfang	173
aa) Materieller Schaden	173
bb) Immaterieller Schaden	173
ie Verweigerung indirekter Sterbehilfe	174
ie Verweigerung der Beihilfe zum Suizid	175
Ansprüche gegen den behandelnden Arzt	176
Ansprüche aus einem Vertrag über Suizidhilfe	178
a) Vertraglicher Schadensersatzanspruch	178
aa) Wirksamkeit eines Suizidhilfevertrags.....	179
bb) Vertragliche Pflichtverletzung	185

cc) Sonstige Voraussetzungen des vertraglichen Schadensersatzanspruchs	186
dd) Anspruchsumfang	186
b) Deliktsrechtlicher Schadensersatzanspruch	188
IV. Die Verweigerung aktiver Sterbehilfe.....	188

F. Die lebensrettende Bluttransfusion ohne die Einwilligung des

heilungsfähigen Patienten	189
I. Der Sachverhalt im Fall OLG München NJW-RR 2002, S. 811 ff.....	190
II. Schadensersatzansprüche wegen eigenmächtiger Bluttransfusion.....	191
1. Überblick über die Anspruchsgrundlagen	191
2. Die Eigenmächtigkeit der Bluttransfusion.....	191
a) Die aktuelle Einwilligungsverweigerung durch den einsichtsfähigen Patienten.....	192
b) Das Fehlen einer aktuellen Erklärung des einsichtsfähigen Patienten	192
aa) Die Anforderungen an das Vorliegen einer aktuellen Einwilligungsverweigerung und deren Abgrenzung von einer Patientenverfügung.....	192
bb) Die Zulässigkeit einer Bluttransfusion beim Fehlen einer aktuellen, bindenden Erklärung des einsichtsfähigen Patienten.....	195
3. Die Rechtswidrigkeit der eigenmächtigen Bluttransfusion	202
a) Die ärztliche Gewissensentscheidung	202
b) Der rechtfertigende Notstand gemäß § 34 StGB.....	204
c) Die rechtfertigende Pflichtenkollision	205
4. Verschulden.....	206
a) Rechtsirrtum.....	206
aa) Rechtsirrtum im Fall einer aktuellen, bindenden Einwilligungsverweigerung des einsichtsfähigen Patienten.....	207
bb) Rechtsirrtum beim Fehlen einer aktuellen, bindenden Einwilligungsverweigerung des einsichtsfähigen Patienten.....	207
b) Der entschuldigende Notstand gemäß § 35 StGB.....	208
c) Der übergesetzliche entschuldigende Notstand.....	209
d) Die Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens.....	209
5. Anspruchsumfang.....	211
a) Materieller Schadensersatz	211
b) Immaterieller Schadensersatz	212
aa) Die besonderen Voraussetzungen für einen Geldentschädigungsanspruch wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	212
bb) Immaterieller Schaden	213
cc) Das Mitverschulden der Zeugin Jehovas.....	214
dd) Vorteilsausgleichung.....	215

6. Subsidiäre Haftung anstelle der wegen Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens entfallenen Haftung	217
7. Ergebnis.....	219
III. Ansprüche wegen der unterlassenen Ablieferung der Vorsorgevollmacht.....	220
G. Die Rettung des Suizidenten	223
I. Die anwendbaren Vorschriften	223
II. Anspruch aus unberechtigter Geschäftsführung ohne Auftrag gemäß § 678 BGB.....	224
1. Ohne Auftrag oder sonstige Berechtigung	224
2. Unberechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag.....	225
a) Keine direkte Anwendung von § 679 BGB	226
b) Analoge Anwendung des § 679 BGB.....	226
c) Unbeachtlichkeit des entgegenstehenden Geschäftsherrenwillens nach §§ 134, 138 Abs. 1 BGB.....	227
d) Unbeachtlichkeit des Suizidentenwillens nach Larenz	227
e) Die Ansicht Wollschlägers	227
f) Die differenzierende Auffassung	228
g) Unbeachtlichkeit des entgegenstehenden Willens aufgrund der strafrechtlichen Hilfeleistungspflicht.....	230
h) Abschließende Stellungnahme.....	232
3. Die Rechtswidrigkeit der Suizidverhinderung.....	233
a) Anwendung von Rechtfertigungsgründen im Rahmen des § 678 BGB.....	233
b) Rechtfertigung wegen der strafrechtlichen Hilfeleistungspflicht des Retters	234
c) Gewohnheitsrechtlicher Rechtfertigungsgrund.....	235
d) Rechtfertigung nach § 34 StGB	236
4. Übernahmeverschulden	238
a) Verschuldensform und Gegenstand des Verschuldens	238
b) Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens	239
5. Anspruchsumfang.....	239
a) Ersatz des materiellen Schadens	240
b) Ersatz des immateriellen Schadens	240
6. Ergebnis.....	241
III. Anspruch aus § 823 Abs. 1 BGB	241
1. Die verletzte Rechtsgüter	241
2. Rechtswidrigkeit.....	244
a) Rechtswidrigkeit des Eingriffs in das allgemeine Persönlichkeitsrecht	244
b) Rechtfertigungsgründe.....	245
3. Verschulden.....	245
a) Vorsatz oder Fahrlässigkeit bzw. grobe Fahrlässigkeit.....	245
b) Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens	246

4. Anspruchsumfang	247
5. Ergebnis	247
IV. Anspruch aus § 823 Abs. 2 BGB	247
1. Verstoß gegen ein Schutzgesetz	248
a) Tatbestandliche Verletzung eines Schutzgesetzes	248
b) Rechtswidrigkeit	248
aa) Rechtfertigungsgründe	248
bb) Verwerflichkeitsprüfung gemäß § 240 Abs. 2 StGB	249
c) Verschulden	249
aa) Irrtum über rechtfertigende Umstände	250
bb) Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens	252
2. Anspruchsumfang	252
3. Ergebnis	252
V. Subsidiäre Haftung anstelle der wegen Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens entfallenen Haftung	252
H. Schlussbetrachtungen	255
I. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	255
II. Ausblick	265
Literaturverzeichnis	269
Sachverzeichnis	295